

Antrag

der Abgeordneten Michael Neumann, Wolfgang Marx, Jan Quast, Karin Timmermann, Ingrid Cords, Werner Dobritz, Barbara Duden, Dr. Martin Schäfer, Rüdiger Schulz, Dr. Dorothee Stapelfeldt, Carola Veit (SPD) und Fraktion

Betr.: Fortführung des erfolgreichen Bürgerbeteiligungsverfahrens in Wilhelmsburg

Das Bürgerbeteiligungsverfahren in Wilhelmsburg läuft seit Oktober 1994.

Jährlich setzt der Ortsausschuss einen Bürgerbeirat ein. Der Beirat setzt sich aus jeweils 12 Mitgliedern der Arbeitsgruppen „Wilhelmsburg Ost“ (östlich der Bahnlinie) und „Wilhelmsburg West“ (westlich der Bahnlinie) und dazu zwölf Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Bildung/Integration“ zusammen. Jede dieser drei Arbeitsgruppen wählt aus ihren Mitgliedern zwei Sprecher. Der Beirat wählt außerdem aus allen Mitgliedern einen Vorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende. Diese neun Beiratsmitglieder stellen den Vorstand, der den Beirat nach außen vertritt und über die Vergabe von Mitteln, die von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt für den Stadtteil zur Verfügung gestellt werden, entscheidet.

Bis zum Ende des Jahres 2007 ist die Finanzierung des Beirates durch die Stadtentwicklungsbehörde gesichert. Ab Anfang 2008 ist die Finanzierung solcher Beiräte auch für Wilhelmsburg eine bezirkliche Aufgabe. Ab 1. April wird Wilhelmsburg zu Hamburg Mitte gehören. Die dortige Bezirksversammlung und der dortige Bezirksamtsleiter haben schon erklärt, dass sie ab dem Zeitpunkt, wo Wilhelmsburg zu Mitte gehört, die Arbeit des Beirates fortführen und finanziell unterstützen wollen.

Für den 1. Januar bis 31. März 2008 fehlt noch eine Finanzierung.

Leider weigern sich die CDU in der Bezirksversammlung Harburg und der CDU Bezirksamtsleiter, die bewährte Arbeit des Bürgerbeirates Wilhelmsburg für die Zwischenzeit abzusichern. Daher droht nun nach über zehn Jahren, die Arbeit des Bürgerbeirats zwangsweise beendet zu werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Hamburgische Bürgerschaft fordert daher den Senat auf, die Finanzierung des Bürgerbeirates Wilhelmsburg auch über den 31. Dezember 2007 hinaus sicherzustellen.